

III. Gesetze und Verordnungen in Betreff des kirchlichen Verhältnisses.

1.

Die Anmeldung zur Eheverbindung geschieht bei dem Beichtvater der Braut. Abweichungen von dieser Regel erfordern Dimissorialien. Bei der Anmeldung ist ein Geburts-, Confirmations- und Beichtschein zu fordern. Diese gehören zum Eintritt in die Gemeinde. (Cf. pag. 36. n. 10 des Pastorale mit dem Consist.-Circ. vom 21. November 1821.) Dies findet aber nur Anwendung bei Confessionsgleichheit. Bei gemischten Ehen ist Folgendes zu beachten:

Zur Eingehung einer Ehe zwischen Christen und Nichtchristen (Rescr. des D.-R.-R. vom 7. December 1854) darf kein evangelisch-lutherischer Pastor sein Amt leihen. Bei Personen verschiedener christlicher Confession ist der Beschluß des 5. evangelischen Kirchentags wichtig, wenn auch nicht Gesetz, der also lautet:

„Wenn ein evangelischer Christ bei Eingehung einer gemischten Ehe eine solche Gleichgültigkeit gegen seine Confession bekundet, daß er sich nicht mindestens die evangelische Erziehung der Kinder seines Geschlechts sichert, so soll einem solchen die Trauung verweigert werden, und wenn er innerhalb der Ehe nicht demgemäß verfährt, so hat die evangelische Kirche mit einem kirchlichen Disciplinarverfahren gegen ihn einzuschreiten.“

Die Staatsgesetzgebung erklärt die Religionsverschiedenheit für kein bürgerliches Ehehinderniß und gewährt für jede staatsgesetzlich gültige Ehe eine gültige Form der bürgerlichen Eingehung derselben (Civilehe). (Staatsgrundgesetz Art. 33. 3.) — Ferner wird bestimmt in der Landesherrl. Verordnung vom 14. Januar 1851. §. 4: „In Beziehung auf Eingehung der Ehe sind die einer Kirchengemeinde nicht angehörigen Confessionsverwandten den bestehenden Vorschriften über das Aufgebot in bisheriger Weise unterworfen. Die Trauung darf nur eine vom Staate als dazu berechtigt anerkannte Person vornehmen. Es gehören dahin bis weiter nur die ordinirten Geistlichen der anerkannten christlichen Religionsgesellschaften und der Landrabbiner.“